

»Schicket euch in die Zeit! -«

Zum Stand der Aufarbeitung der Geschichte des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (BEFG) in der DDR*

0.1. Einleitung

»Gottes Wort sagt 'Schicket euch in die Zeit'. Verspricht uns der Staat, unseren Glauben nicht anzutasten und unser religiöses Handeln nicht zu stören, so wollen wir ihm dankbar helfen, auch seine, auf die irdische Wohlfahrt aller Staatsbürger gerichteten Ziele zu erreichen«¹.

Kein Zitat aus den 40 Jahren DDR, sondern das Wort des Vorsitzenden der Bundes-Ältesten von 1935! Selbst wenn nach den meisten neutestamentlichen Handschriften statt Luthers »Schicket euch in die Zeit« richtiger »Dienet dem Herrn« zu übersetzen ist - wie konnte ein solches Wort das theologische Denken (und die politische Haltung) auch der Generation nach dem Dritten Reich prägen?² Waren wir wieder nur 'angepaßt'?

Heute vor 19 Jahren saßen wir im Jugend-Mitarbeiterkreis der Gemeinde zusammen. Überall hingen in diesen Tagen Spruchbänder in den Straßen: »30 Jahre Befreiung durch die Sowjetarmee ...«. (Der Witz ging um, daß man beim Bäcker besser »20 plus 10« Brötchen kaufe, weil niemand mehr die Zahl »30« hören könne!) Wir malten für unseren Schaukasten ein großes Plakat mit einer Weltkugel und dem Kreuz und »2000 Jahre Befreiung durch Jesus Christus«. War das schon »Dienet dem Herrn«, Widerstand, oder nur jugendliche Provokation?

An diesem Wochenende vor genau 25 Jahren³ gab sich unser ostdeutscher Bund einen neuen Namen: Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden *in der DDR* (statt bisher: *in Deutschland*). Offizielle Begründung: die neue Verfassung der DDR, die ein Jahr zuvor angenommen worden war. »Schicket euch in die Zeit«, Anpassung?

Heute vor fünf Jahren fanden die letzten Kommunalwahlen der DDR im alten Stil statt. Aufgrund nachgewiesener Wahlmanipulationen kam es zu innenpolitischen Auseinandersetzungen, die wiederum einer der Impulse waren, der zur Wende führte. Unser Monatsblatt des Bundes, 'Wort und Werk',

* Forschungsbericht für die Tagung des VefGT in Münster am 7.5.1994.

1 F.W. Simoleit, Rundschreiben an die Prediger und leitenden Brüder vom 7.8.1935, Mappe 'Bundespost', Oncken-Archiv des BEFG, Hamburg.

2 Ganz abgesehen davon, daß auch die jüngste Diskussion in der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte den Historikerstreit, ob die beiden Diktaturen vergleichbar sind, natürlich nicht entschieden hat.

3 Bundesratstagung 8.-9.5.1969 in Dresden.

berichtete über die heikle Diskussion zu diesen Wahlen⁴. War das schon mutiger Widerstand?

0.2. Vorbemerkungen

1. Ich selbst bin Gemeindepastor, nicht Historiker, und hatte weder Möglichkeit noch Zeit, alle derzeitige Forschung zur Thematik zu überblicken noch das bereits vorliegende Material wissenschaftlich aufzuarbeiten.

2. Nach meinem Überblick gehe ich davon aus, daß bisher zur Geschichte des DDR-Bundes nur wenig intensive Forschungsarbeit geleistet wird. Worüber ich berichten werde, sind eigentlich eher *Vorarbeiten* innerhalb unseres Bundes, die nur bedingt Schlußfolgerungen zulassen.

3. Der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden ist ein Bund von autonomen Ortsgemeinden ohne zentrale Kirchenhierarchie. Ein Bundespräsident (im BEFG) konnte sich nicht ohne weiteres zu allen Vorgängen so prägnant äußern wie ein Kirchenpräsident oder Bischof - und er mußte es auch nicht. So finden sich nur relativ wenige offizielle Stellungnahmen zu politischen Ereignissen⁵.

4. Zur Gliederung: Nach einem kurzen Überblick über die mir bekannten historischen (Vor-)Arbeiten werde ich etwas näher auf die Zielsetzung und Arbeitsweise des berufenen Arbeitskreises im BEFG zur Aufarbeitung der Geschichte des BEFG in der DDR eingehen. Es folgen einige Anmerkungen zur Quellenlage. Abschließend will ich exemplarisch an einem Thema einige Ergebnisse darstellen.

1. Überblick über historische Arbeiten und Vorarbeiten im BEFG

Siegfried Rosemann, bis Ende 1991 hauptamtlicher Jugendpastor des BEFG in der DDR, wurde im Herbst 1991 freigestellt, die Geschichte des Gemeindejugendwerkes (GJW) des Bundes aufzuarbeiten. Die Arbeit beschränkte sich im wesentlichen auf Sondierungsarbeiten, auf das Anlegen eines geordneten Aktenbestandes sowie auf das Erstellen eines Stichwort-Datensatzes. Eine erste schriftliche Auswertung des Materials liegt vor für die Jahre 1949 - 1960⁶. Als Quellen lagen ausschließlich Akten des GJW und der Bundesleitung vor.

Die 'Initiative Gemeinde mit Weltverantwortung im BEFG' veranstaltete im September 1993 eine Wochenendtagung zur Geschichte des Bundes in der

4 Eine Meinungsbildung. Bericht über eine Zusammenkunft der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen. In: Wort und Werk, Monatsblatt für die Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden in der DDR, Nr. 7 (Juli 1989), S. 8.

5 Dies war nicht nur für die zentralistische Staatsführung problematisch. Oft genug erwarteten auch die Gemeinden, die gewöhnlich gern ihre Unabhängigkeit betonten, klare Worte 'von oben' - von der Leitung des Bundes (!).

6 Siegfried Rosemann, Die Geschichte des Gemeindejugendwerkes in der DDR. Berlin Dezember 1991, 34 S., Archiv des BEFG (unveröffentlicht).

DDR⁷. Viel Raum nahm neben der Befragung von Zeitzeugen das Erzählen von persönlichen Geschichten und Betroffenheiten ein. Eine Arbeitseinheit über Angst, Anpassung und Schuld aus psychologischer und theologischer Sicht vertiefte dieses Nachdenken. Bemerkenswert war vor allem das Referat von Uwe Dammann: 'Gemeinde unter ideologischem Druck - Chancen und Grenzen baptistischer Frömmigkeit'⁸. Er setzt mit seiner Einschätzung an bei den allgemeinen baptistischen Prinzipien (Bibel, autonome Gemeinden, Priestertum aller Gläubigen, Trennung von Staat und Kirche) und fragt, ob und wie weit der BEFG in der DDR ihnen treu geblieben ist.

Persönlich wohl am intensivsten arbeitet gegenwärtig Rolf Dammann, ehem. Generalsekretär des BEFG in der DDR, an der Aufarbeitung der Geschichte unseres Bundes. Veröffentlicht wurden von ihm bisher drei Aufsätze:

- 'Die Bundesteilung 1969'⁹ über die Geschichte der Trennung der beiden Bünde;

- 'Trennung, Gemeinsamkeit, Eigenständigkeit: der ehemalige Bund in der DDR'¹⁰ über die eigenständige Entwicklung des DDR-Bundes;

- 'Die Bundeskonferenz 1960'¹¹ in West-Berlin (in Auswertung erster Unterlagen des Staatssekretariats für Kirchenfragen).

Dazu kommen verschiedene Aufsätze, Kommentare und Berichte in der Wochenzeitschrift des BEFG 'DIE GEMEINDE'¹², die - im Jahrgang 1992 - vor allem die Stasi-Problematik diskutieren¹³ sowie einzelne Interview-Porträts wichtiger Persönlichkeiten.

Anfang 1992 wurde von der Bundesleitung ein Arbeitskreis mit der Aufarbeitung der Geschichte betraut, auf dessen umfangreiche Arbeit ich im folgenden eingehen werde.

2. Der Arbeitskreis zur Aufarbeitung der Geschichte des BEFG in der DDR

2.1. Entstehung und Grundanliegen

Anlaß für die Entstehung des Arbeitskreises war die um den Jahreswechsel 1991/92 in der Öffentlichkeit aufgebrochene Diskussion über die Beziehung der Kirchen zum DDR-Staat, insbesondere über deren Stasi-Verwicklungen. In einer Aussprache im ständigen Ausschuß der Bundesleitung über die Situation kam es zur Anregung der Bildung einer Arbeitsgruppe - vorwiegend

7 10.-12.9.1993 in der EFG Berlin-Oberschöneweide, Thema: 'Widerstand und (V)Ergebung. Nachdenken über unsere Geschichte mit der DDR (und danach)'. Bericht in: DIE GEMEINDE, Wochenzeitschrift des BEFG, Nr. 41 (Kassel 10.10.1993), S. 6.

8 Veröffentlicht in: DIE GEMEINDE, Nr. 8, (20.02.1994), S. 4 f und Nr. 9 (27.02.1994), S. 4 ff sowie in der Mitarbeiterzeitschrift 'Theologisches Gespräch. Freikirchliche Beiträge zur Theologie', Nr. 1 (Kassel 1994).

9 DIE GEMEINDE, Nr. 39 (27.9.1992), S. 6 f.

10 DIE GEMEINDE, Nr. 40 (4.10.1992), S. 6 f.

11 DIE GEMEINDE, Nr. 45 (7.11.1993), S. 4 ff (vgl. Leserbrief C. Wolf in Nr. 50 (12.12.1993), S. 7)

12 Siehe Verzeichnis im Anhang.

13 Im Vergleich zu anderen Kirchenzeitschriften allerdings auffallend zurückhaltend!

aus Ost-Vertretern des Bundes - zur sachlichen Aufarbeitung der Geschichte. In einem kleinen berufenen Kreis wurden daraufhin ein Brief an die Gemeinden zum Umgang mit den Dokumenten der Staatssicherheit verfaßt¹⁴ sowie ein Arbeitskreis konzipiert, der am 24.02.1992 erstmals zusammentrat. Er setzt sich zusammen aus sechs für die Aufarbeitung berufenen Pastoren¹⁵. Dazugeladen werden in größeren Abständen einige Zeitzeugen¹⁶ sowie die Vertrauenspastoren der ostdeutschen Vereinigungen.

Erschwerend für die Arbeit des Arbeitskreises ist, daß sie ausschließlich nebenamtlich geschieht.

Als Grundanliegen der Arbeit wurden am Anfang genannt¹⁷:

- das Leben und Wesen des Bundes in der DDR möglichst umfassend festzuhalten;
- die Chance der zeitlichen Nähe zu nutzen, um möglichst authentisch Erlebnisse, Erinnerungen und Einschätzungen zu sammeln;
- dem aktuellen Interesse an der Stasi-Vergangenheit in den Gemeinden zu begegnen.

2.2. Zielsetzung und Eingrenzung

1. Das Zusammentragen, Sichten, Ordnen und Archivieren von sämtlichem historisch verwertbarem Material;

2. die Befragung von Augen- und Zeitzeugen (wichtig erscheint dabei weniger eine frühzeitige Deutung oder Bewertung, sondern die kompetente *Erklärung* mancher Vorgänge);

3. die Einsichtnahme in staatliche und MfS-Akten. Mehrmals wurde die Frage diskutiert, ob - auch im Blick auf die Geschichtsaufarbeitung - eine allgemeine Überprüfung der hauptamtlichen Mitarbeiter und Pastoren des Bundes anzuregen sei. Diese wurde mehrheitlich abgelehnt, um das bestehende Vertrauensverhältnis nicht aufzugeben und weil es bisher keine Indizien dafür gab, daß eine solche Überprüfung notwendig ist.

4. Darüber hinaus wird die Arbeit von den (unausgesprochenen) Zielsetzungen begleitet,

- im Blick auf die *Ost-Gemeinden* die Gefahren und Fakten der Anpassung bewußt zu machen und zu helfen, diese zu verarbeiten, und

14 Brief aus der BEFG-Geschäftsstelle Berlin (Ost), An die Gemeinden unseres Bundes in den neuen Bundesländern, vom 31.1.1992, unterzeichnet von Ulrich Materne, Manfred Sult und Michael Zimmermann, veröffentlicht in: DIE GEMEINDE, Nr. 10 (8.3.1992), S. 5 ('Um ehrliche Aufarbeitung bemüht'). Seit Januar 1992 war die persönliche Einsichtnahme in die Akten des MfS möglich!

15 Reinhard Assmann, Günter Balders (Theol. Seminar Hamburg), Bernhard Kühn, Matthias Schmidt (Brüdergemeinden), Manfred Sult (Bundesdirektor), unter der Leitung von Ulrich Materne (Bundesleitung).

16 Rolf Dammann (Generalsekretär der Bundes), Dieter Hampel (Elimgemeinden), Günter Lorenz (Schriftleiter 'Wort und Werk'), Michael Zimmermann (Brüdergemeinden).

17 Ulrich Materne, Aufarbeitung der Geschichte des BEFG in der DDR. In: Anträge und Berichte an den Bundesrat 1993, Bundesmissionshaus Bad Homburg, März 1993, S. 53.

- im Blick auf die *West-Gemeinden* die Sicht zu weiten für ein vielgestaltiges, intensives geistliches Leben - auch unter ideologischem Druck.

5. Die Arbeit ist begrenzt auf die Zeit von 1949 - 1990 (DDR) und (leider bisher) auf den BEFG Ost. Außerdem beschränken sich die Recherchen auf das Verhältnis des Bundes zu staatlichen Institutionen und zu den gesellschaftlichen Herausforderungen. Eine Gesamtgeschichte der innerbundlichen Entwicklungen festzuhalten sieht dieser Arbeitskreis nicht vor.

2.3. Arbeitsweise

Die nachfolgende Aufzählung der bisherigen Arbeitsschritte lassen die Arbeitsweise erkennen:

1. Erstellung eines *chronologischen Gerüsts*: Einarbeitung der Daten des Bundes in eine Datensammlung aus Allgemein- und Kirchengeschichte¹⁸;

2. Festlegung eines *Fragerasters* für die Durchsicht der Materialien: Sachthemen - Daten/Ereignisse - Quellen - Personen - Rückfragen;

3. Durchsicht der bundeseigenen Aktenbestände unter diesen Gesichtspunkten, wie z.B. die Protokolle und Berichte zu den Bundesratstagungen, die Protokolle und allg. Berichte der Bundesleitungssitzungen, die Akten ausgewählter Arbeitszweige (Gemeindejugendwerk, Wehrdienstfragen, Öffentlichkeitsfragen, Friedensfragen ...) und Gemeindegruppen (Brüder- und Elimgemeinden). Natürlich sind Protokolle aus jener Zeit deutlich zurückhaltend formuliert und halten zumeist nur Ergebnisse fest.

4. Bitte an alle verantwortlichen *Leiter von Arbeitszweigen* des Bundes, ihre Arbeit in kurzer Form schriftlich darzustellen (Chronologie, inhaltliche Schwerpunkte, Hinweise auf Quellen/Akten)¹⁹;

5. *Brief an alle Gemeinden*²⁰ mit der Bitte um persönliche Erfahrungsberichte und um Hinweise auf evtl. bekannte besondere Sachverhalte sowie weiteres Quellenmaterial. Es gab ein unerwartet breites Echo: etwa (bisher) 115 z.T. sehr ausführliche Rückmeldungen. Daraus wiederum ergaben sich zahlreiche Rückfragen, persönliche Interviews und Gesprächs-Einladungen in den Arbeitskreis, die ein außerordentlich breites und facettenreiches Bild vermittelten.

6. Sammeln und Auswerten von *Presseveröffentlichungen* des Bundes (Monatsblatt 'Wort und Werk') und vor allem auch über Bund und Baptismus aus säkularen und CDU-Zeitungen - ebenfalls sehr aufschlußreich angesichts der bekannten Bedingungen für das Pressewesen;

7. Einsichtnahme in *staatliche Akten* (Staatssekretariat für Kirchenfragen, Ministerium für Staatssicherheit, Ministerium des Innern);

18 Hilfreich war die ausführliche Zeittafel in: Pfarrer, Christen und Katholiken, hg. von Gerhard Besier u. Stephan Wolf. 2. Aufl. Neukirchen-Vluyn 1992, S. 817 ff.

19 Brief vom 7.9.1992, Arbeitskreis Geschichte des BEFG i.d. DDR.

20 Brief vom 23.04.1992, Arbeitskreis Geschichte des BEFG i.d. DDR.

8. Erstellung eines *Schlagwortverzeichnisses* mit sämtlichen Quellenangaben;

9. Konzeption einer zu veröffentlichenden ersten *Dokumentation*: Zu einzelnen Themenbereichen werden Kurzdarstellungen erarbeitet und diesen jeweils Dokumente und persönliche Berichte zugeordnet. Ein großer Teil an Beiträgen liegt bereits vor. Die Fertigstellung ist für Herbst 1994 geplant.

3. Anmerkungen zur Quellenlage

Neben dem umfangreichen Aktenmaterial des Bundes und neben den Presseveröffentlichungen stehen in wachsendem Umfang staatliche Akten zur Aufarbeitung zur Verfügung.

3.1. Akten des Staatssekretariats für Kirchenfragen

Als unproblematisch erwies sich die Einsichtnahme in diesen Aktenbestand im Bundesarchiv Potsdam. Der Aktenbestand des SfK scheint vollständig archiviert worden zu sein. Neben chronologisch durchgängigen Akten über unseren Bund finden sich zahlreiche Einzelvorgänge in unterschiedlichen Bereichen, oft unübersichtlich und auch ungeordnet. Häufig sind Berichte über die Freikirchen und kleinen Religionsgemeinschaften zusammengefaßt archiviert.

Aus solchen summarischen Berichten für die Leitungsebene des SfK wird deutlich, daß unser Bund wie die Freikirchen überhaupt als weithin unbedeutend und harmlos eingeschätzt wurden. Sie galten als zu klein und gesellschaftspolitisch kaum relevant. In mehrseitigen Zusammenfassungen über die Kirchen wird den Religionsgemeinschaften in der Regel nicht mehr als eine halbe Seite gewidmet, zumeist in allgemeinen, immer wiederkehrenden Formulierungen.

Auffällig ist eine zu beobachtende Entwicklung in der Sprache und Tonart: Während bis 1961 hauptsächlich unter polizeilichen Gesichtspunkten - oft in scharfem Ton - berichtet wurde, ist in den 70er Jahren eine Versachlichung erkennbar. Die 80er Jahre sind geprägt von dem Bemühen um Normalität, der Berichtston ist moderat.

Im Aktenbestand finden sich natürlich zahlreiche Aktennotizen zu den regelmäßigen dienstlichen Gesprächen mit leitenden Personen des Bundes. Der Vergleich mit entsprechenden Notizen der Gesprächspartner aus unserem eigenen Archiv läßt erkennen, daß die einzelnen Gespräche aus der jeweiligen Sicht sehr unterschiedlich bewertet werden konnten.

Größere Aktenbestände, die bisher noch nicht durchgesehen werden konnten, existieren zum Besuch Billy Grahams 1982 in der DDR.

Unklar ist bisher auch, ob und wo Berichte über einzelne Gemeinden und Arbeitsbereiche archiviert wurden. Die Fülle an Material aus den regionalen Ebenen des SfK (Kreis- und Bezirksbehörden) konnte noch nicht gesichtet werden.

3.2. Akten aus dem Ministerium für Staatssicherheit

Am 16.03.1992 wurde von uns bei der sog. Gauck-Behörde der Antrag gestellt, die Akten des MfS über unseren Bund in der DDR einzusehen. In einem Gespräch in der Behörde im Mai 1992 wurde uns mitgeteilt, daß derzeit nur personenbezogenes Aktenmaterial aufgearbeitet werde. Das Material über Institutionen könne nur langsam bearbeitet werden, da zunächst entsprechende Schlüsseldateien angelegt werden müßten.

Wir baten daraufhin ehemalige leitende Mitarbeiter des Bundes und verschiedener Arbeitszweige, den Antrag auf beschleunigte Einsichtnahme in ihre persönlichen Akten zu stellen, um eventuell über diese an entsprechende Informationen über den Bund heranzukommen. Bisher gab es auf diesem Weg keine nennenswerten Ergebnisse.

Im Februar 1993 benachrichtigte uns die Gauck-Behörde über den Fund einiger weniger Vorgänge über unseren Bund, die sich bei Einsichtnahme als im wesentlichen belanglos erwiesen. Erst vor wenigen Tagen erhielten wir den Hinweis, daß umfangreichere Bestände entdeckt worden seien.

3.3. Akten aus dem Ministerium des Innern

Im Bundesarchiv in Potsdam finden sich aus dem Bereich des MfI auch die Aktenbestände der Deutschen Volkspolizei, Hauptabteilung Erlaubniswesen. Hier können auch einige Akten über die Religionsgemeinschaften vor allem aus den 50er Jahren eingesehen werden. Einzelne Vorgänge und Berichte über unseren Bund haben wir entdeckt. Erst vor wenigen Tagen war es möglich, weitere Akten aus diesem Bereich (Abt. Schutzpolizei) in der Nebenstelle des Bundesarchivs in Hoppegarten bei Berlin zu sehen, die bis in die 70er Jahre reichen. Auch hier finden sich eine Reihe von Berichten über die Religionsgemeinschaften, interessanterweise nur teilweise vom jeweiligen Verfasser unterzeichnet.

Viele Hinweise lassen darauf schließen, daß für die kleinen Religionsgemeinschaften die Sonderabteilung der Kriminalpolizei K I zuständig war²¹, die 1964 aus einer anderen Abteilung gebildet wurde und ähnlich wie das MfS arbeitete. Dieser Aktenbestand wurde vom Bundesministerium des Innern übernommen. Alles deutet darauf hin, daß der Bestand K I nicht mehr vorhanden ist²².

3.4. Akten aus dem SED-Archiv

Hier haben wir unsererseits bisher noch keine Nachforschungen anstellen können.

21 Pfarrer, Christen und Katholiken (wie Anm. 18), S. 570 ff und 613 f.

22 Aandreas Förster, K I - der verlängerte Arm der Stasi? In: Berliner Zeitung Nr. 247 (21.10.1992), S. 5.

4. Einige exemplarische Ergebnisse zur Friedensthematik

Ein mit Abstand am häufigsten vorkommendes Stichwort in Gesprächen, Verlautbarungen, Dokumenten etc. ist die Frage nach Frieden und Abrüstung. Die junge DDR machte die Friedensthematik zu ihrem Markenzeichen; die meistgestellte Frage in jenen Jahren »Sie sind doch auch für den Frieden!« war im Grunde die Frage nach einem Loyalitätsbekenntnis zur DDR. Es gehört zur Ironie der Geschichte, daß gerade die Friedensfrage in Gestalt von Friedensgruppen und Friedensgebeten dann auch das Ende der DDR einleitete.

Nachfolgend werde ich anhand einiger Textbeispiele aus verschiedenen Dokumenten versuchen, der Entwicklung der Haltung zur Friedensthematik in unserem Bund nachzugehen.

4.1. Die 50er Jahre: Die Friedensfrage - die Frage nach dem Bekenntnis zur Deutschlandpolitik der DDR (1949-61)

Im Hintergrund der Friedensaussagen in den 50er Jahren stehen die Nähe des letzten Krieges sowie die Diskussionen um die Wiederbewaffnung der BRD, um den Militärseelsorgevertrag, um die NATO-Mitgliedschaft der BRD sowie um einen Friedensvertrag für Deutschland.

Es gab auch in unserem Bund Männer, die aufgrund einschneidender persönlicher Erfahrungen in Krieg und Gefangenschaft vehement gegen Aufrüstungsbestrebungen auftraten. Aus tiefer Überzeugung engagierten sie sich in der staatlichen Friedensbewegung - und bekannten sich so zur Friedens- und Deutschlandpolitik der DDR. Otto Ekemann, Schriftleiter des Monatsblattes 'Wort und Werk', nahm immer wieder Stellung gegen westliche Wiederaufrüstung:

»Wo bleibt der gellende Entrüstungsschrei, so gewaltig brandend, wie eine tosende Wasserflut, daß den Vertretern des Kapitalismus jede Lust verschlagen wird, ein drittes Kriegsunglück im 20. Jahrhundert zu entfachen«²³.

Andere waren durch den Krieg und seine Folgen eher überzeugt vom Ende der Zeit. 'Wort und Werk' berichtete 1950 oft von den großen Erfolgen der 'Heilswochen' mit Evangelist Helmut Samjeske²⁴. Dieser nahm in seiner packenden Verkündigung kein Blatt vor den Mund. Aufgrund seiner offenen Kritik an westlicher und östlicher Politik wurde er bald von der Polizei überwacht und schließlich wegen (friedensgefährdender!) 'Spionage' verhaftet. Er starb anderthalb Jahre später im Zuchthaus in Bützow²⁵. Sein Friedensver-

23 Otto Ekemann, Berlin, den 11.1.1949. In: Wort und Werk, Monatsblatt für die Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden, Nr. 2 (Februar 1949), S. 22 f.

24 Z.B. Wort und Werk (1950) Nr. 1, S. 6; Nr. 4, S. 42; Nr. 5, S. 52.

25 Interview mit N.N. zu Helmut Samjeske am 3.5.1994, Arbeitskreis Geschichte des BEFG i.d. DDR, Briefsammlung, zu B 110.

ständnis wird in einem polizeilichen Überwachungsbericht einer Veranstaltung am 19.11.1950 deutlich, der ihn wie folgt zitiert²⁶:

»Ich war vor kurzer Zeit in Westberlin. Als ich mir dort die Zeitung ansah und später eine Zeitung der DDR nahm, stellte ich fest, daß eine wie die andere für den Krieg schreibt, daß beide Zeitungen zum Kriege stacheln«.

Und in einer anderen Veranstaltung am gleichen Tag:

»Auf was warten wir, nicht doch auf die Einheit Deutschlands, oder auf den Abzug der Besatzungsmacht, oder auf den Frieden, weiter daß die Zonengrenzen fallen sollen, nein, darauf warten wir nicht, ist das für uns so wichtig? Nein, wir warten auf den Heiland, denn er ist nicht mehr weit, er alleine kann uns helfen«.

In späteren Jahren wurden erwartete Friedensbekenntnisse häufig nur noch formelhaft abgeleistet. Immer weniger ging es wirklich um Inhalte. Der Leiter einer EFG in Sachsen hatte 1959 wegen seiner Gemeindetätigkeit Schwierigkeiten in seinem Betrieb. Er sah sich genötigt, im Namen der Gemeinde eine Loyalitätserklärung zu formulieren²⁷, die sich fast ausschließlich auf die Haltung der Gemeinde zu Krieg und Frieden beschränkt²⁸:

» [...] Nach dem letzten furchtbaren Weltkrieg mit seinen großen Verlusten, mußten alle, die überzeugte Christen sein wollen, nur eine große Lebensaufgabe an erster Stelle setzen, und zwar den vollen Einsatz aller Kräfte für den Frieden. Wer hier noch abseits steht, der verkennt den ganzen Ernst der heutigen Lage und hat kein Recht, sich Christ zu nennen. [...] Als Christen der Ev. Freikirche wissen wir uns daher von Gott verpflichtet, für den Frieden zu wirken und die guten Anordnungen unseres Staates, die dem Frieden und der Gerechtigkeit und dem Wohlstand der Werktätigen dienen, tatkräftig zu unterstützen«.

Für Juli 1958 wurde der Kongreß der Europäischen Baptisten in Berlin vorbereitet. In mehreren Anträgen an das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten sowie an den Berliner Magistrat versuchte die Leitung des Bundes seit Januar 1957, die Durchführung des Kongresses in *beiden* Teilen der Stadt zu ermöglichen. So schreibt Dr. Luckey, Hauptverantwortlicher für die Vorbereitung des Kongresses²⁹:

»[...] Der Berliner Kongress 1958 soll also eine Begegnung zwischen Ost und West sein, die vor der Weltöffentlichkeit ganz klar zum Ausdruck bringt, daß wir als Baptisten für das unpolitische Christentum, für Trennung von Staat und Kirche, für den Frieden, für die Abrüstung und für Verständigung unter den Völkern eintreten«.

Bezeichnend dazu der Kommentar des Staatssekretariats:

»Obwohl die Baptisten in ihren Stellungnahmen nicht auf die Ursachen der politischen Spannungen eingehen und deshalb nur an der Oberfläche vom sogenannten

26 Lust, Leiter der HA VA, Bericht an das Ministerium des Innern, Herrn Staatssekretär Warnke, in Berlin, vom 30.11.1950, Bundesarchiv Potsdam, Bestand MdI, 0-1/11/864 (8.).

27 So nach eigener Auskunft des damaligen Gemeindeleiters am 4.5.1994.

28 Erklärung der Evangelischen Freikirche in N., 19.5.1959, Abschrift, Bundesarchiv Potsdam, Bestand SfK, 0-4/720 (19.).

29 Bericht Ref. Kleine Religionsgemeinschaften, Berlin, 21.04.1958, Bundesarchiv Potsdam, Bestand SfK, 0-4/719-1.

‘christlichen Standpunkt aus’ für den Frieden eintreten, beruht diese Einstellung doch auf den Prinzipien der Koexistenz. [...] Die Bundesleitung der Ev.-Freikirchlichen Gemeinden der DDR sowie eine Anzahl von Predigern nehmen eine loyale Haltung zu unserem Staate ein und zeigen Bemühungen, sich den Verhältnissen und Bedingungen in der DDR anzupassen. [...] Aus diesen Gründen wurde der Antrag der Baptisten auf Durchführung des Kongresses in Berlin von vornherein nicht ablehnend behandelt«.

Ganz anders dagegen die Haltung des SfK zwei Jahre später zur Großevangelisation mit Billy Graham in Westberlin. In einer breitangelegten Kampagne der Ostberliner Presse gegen das »Maschinengewehr Gottes« versuchte man, ihn als Werkzeug der Bonner Kriegstreiber und des amerikanischen Geheimdienstes im kalten Krieg zu diffamieren. Seine Geldgeber saßen in den amerikanischen Rüstungskonzernen und im Pentagon. Aussagen Grahams, er kämpfe nicht gegen die Wasserstoffbombe, sondern gegen die Sünde, seine »Feldzüge« während des Korea-Krieges, die militärisch-ähnliche Struktur seiner Organisation und schließlich das westliche Presseecho (»Feuerstoß auf die deutschen Seelen«, »Zehntausende Menschen kapitulieren bei seinen Sturmangriffen«)³⁰ - dies alles bewegte den Staatssekretär für Kirchenfragen, Eggerath, die leitenden Brüder des Bundes eindringlich vor diesen Veranstaltungen zu warnen. In einem Bericht seines Stellvertreters³¹ heißt es:

»Von unserer Seite aus wurde insbesondere durch das persönliche Eingreifen des Herrn Staatssekretärs in diesem Gespräch mit großem Nachdruck nach allen Seiten noch einmal dargelegt, daß es heute um die Kernfrage, nämlich um die Erhaltung des Friedens, gehe, und aus dem Grunde keinesfalls sog. gesamtdeutsche Veranstaltungen in Westberlin von uns gutgeheißen werden könnten, sondern im Gegenteil wir zum Schutze unserer Bürger vor Agenten- und Spionageorganisationen, die in Westberlin täglich ihr Unwesen treiben und Einfluß zu nehmen versuchen auf Bürger unserer Republik, alles zu tun haben, um unseren Bürgern solche Gefährnisse zu ersparen«.

In Zusammenhang mit den Billy-Graham-Veranstaltungen erwarte man von den Herren Weist und Dammann,

»daß sie die derzeitige politische Situation klar erkennen und ihr Verhalten entsprechend einrichten und auch einen entsprechenden positiven Einfluß auf ihre Gläubigen ausüben müßten«.

Im Oktober 1961 - nach Schließung der Grenzen am 13.08.1961 - wurde von der Vereinigung evangelischer Freikirchen eine Loyalitätserklärung erwartet. In einem Gespräch am 07.11.1961 erörterten Vertreter der Freikirchen erste Entwürfe. W. R., der neben H. Weist und R. Dammann für unse-

30 Berliner Zeitung und BZ am Abend vom 26.9.1960.

31 Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Flint, Aktennotiz über Gespräch vom 28.9.1960 in der Dienststelle des SfK mit den Herren Eggerath, Flint und Weise sowie den baptist. Vertretern Weist, Dammann und Riedel, Bundesarchiv Potsdam, Bestand SfK, 0-4/2479-11.

ren Bund teilnahm, kritisierte nach diesem Gespräch den vereinbarten gemeinsamen Entwurf, da er keine konkrete Stellungnahme zur gegenwärtigen (politischen) Situation enthalte. Durch die große Zurückhaltung erweise man den Gliedern der Gemeinden keinen guten Dienst³².

W.R. hatte in *seinem* vorgelegten Entwurf die deutliche Trennung von der VEF in der Bundesrepublik betont und zum anderen deutlich gemacht³³:

»Die Vertreter der Vereinigung der Ev. Freikirchen in der Deutschen Demokratischen Republik erklären, dass die Gemeinden der verschiedenen Freikirchen mit den gegebenen Mitteln dem Frieden zwischen den Völkern dienen und daher auch grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung übereinstimmen.«

4.2. Die 60er Jahre: Die Friedensfrage angesichts der Verschärfung der internationalen Lage (1961-69)

Stichworte, die den Hintergrund für die Friedensaussagen in den 60er Jahren beschreiben, sind: Kalter Krieg, atomare Aufrüstung, Kuba-Krise, Vietnam-Krieg, Einmarsch in die CSSR, Wehrpflichtgesetz (1962), vormilitärische Ausbildung (1968).

Wieder fanden sich einzelne Brüder des Bundes, betroffen von der Bedrohung des Friedens, die sich aus tiefer Überzeugung entschieden, in der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) mitzuarbeiten. Prediger O. Ekelmann schrieb im März 1962 in einer Andacht zur Tageslosung über die Hoffnung auf Erfüllung der biblischen Friedens-Weissagungen³⁴:

»[...] Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Winzermessern schmieden; es wird kein Volk mehr wider das andere das Schwert erheben, und sie werden nicht mehr den Krieg lernen'. Die Abkehr von dem die Völker verarmenden wahnwitzigen Wettrüsten, wie sie heute alle Friedensfreunde in aller Welt wünschen und fordern, wird beschlossene Sache werden. Gottes Hochziel ist Menschheitserlösung und Völkerversöhnung. Helfen wir ihm schon dabei?«

Prediger H. Kautz kandidierte im Oktober 1965 für die Stadtverordnetenversammlung in Halle. In einem »Wort zur Wahl« nahm er Stellung zu den unlängst in der Bundesrepublik durchgeführten Wahlen³⁵:

»[...] ihre Ergebnisse lassen deutlich erkennen, daß wir unseren westdeutschen Brüdern und Schwestern ein unüberhörbares Friedenszeugnis einfach schuldig sind. Ist es nicht tragisch für unsere Nation und gefährlich für die ganze Welt, daß durch die Fehlentscheidung vieler westdeutscher Bürger am 19. September in

32 W.R., Aktennotiz über die Verhandlung mit den zur VEF in Deutschland gehörenden Gemeinden am 7.11.1961, Dresden am 8.11.1961, Bundesarchiv Potsdam, Bestand SfK, 0-4/1509 (9.).

33 W.R., Entwurf für Erklärung der Vereinigung Ev. Freikirchen, Bundesarchiv Potsdam, Bestand SfK (Eingang: 2.11.1961), 0-4/1509 (11.).

34 Otto Ekelmann, Unser Friede - Gottes Ziel. Sonntagswort für das christliche Haus. In: Neue Zeit, Zentralorgan der CDU (17.3.1962).

35 Herbert Kautz, Mit allen Menschen guten Willens der Stadt Bestes suchen! Ein Wort zur Wahl. In: Neue Zeit, Zentralorgan der CDU (10.10.1965).

Bonn Kräfte am Ruder blieben, die die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges nicht anerkennen, sondern verändern wollen? Daß sie dabei das Risiko eines neuen Krieges bewußt einkalkulieren, beweist ihr Drängen nach einem Mitverfügungsrecht über Atomwaffen wie die Etablierung eines Notstandstaates. Wer Jahr für Jahr immer mehr Milliarden für Kriegszwecke ausgibt, wer nach Atomwaffen schreit, will und wird diese gewiß einsetzen, wenn dazu Gelegenheit ist. [...] Da können wir nicht nur den Frieden wollen; der Friede braucht unser aller Tatkraft! [...] Durch die Unterstützung unserer Friedenspolitik wie durch die Stärkung unserer sozialistischen Demokratie, für die es sich heute neu zu entscheiden gilt, tragen wir zur Verwirklichung jener elementaren Grundforderung bei, [...] daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg entfesselt wird!«

Natürlich wurden auch weiterhin Friedensbekenntnisse zu entsprechenden Gelegenheiten erwartet: Als z.B. 1966 das SfK genehmigte, eine Bundesrats-tagung in Berlin-Weißensee durchzuführen, legte es gleichzeitig begleitende 'Maßnahmen fest'³⁶:

»Zielgerichtete Einflußnahme zur Erlangung einer politischen konkreten Aussage der Tagung zu den Fragen der Erhaltung des Friedens, der Verhinderung der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr und der Gemeinsamkeit der Interessen von Christen und Nichtchristen beim weiteren Aufbau unserer Friedensordnung«.

Der Bundesrat verabschiedete dann auch ein Wort an die Gemeinden, das u.a. der Besorgnis über den »amerikanischen Krieg in Vietnam« Ausdruck gibt und feststellt³⁷:

»Wir sind gegen diesen Krieg und verabscheuen ihn, weil uns das Evangelium der Liebe und des Friedens Richtschnur ist. Unsere Sympathie gilt den amerikanischen Christen, die mutig gegen diesen Krieg auftreten.«

Erst in der Mitte der 60er Jahre wurde durch Breshnew der Gedanke an eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten endgültig begraben. Nun galten 'die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges' als status quo und dieser wiederum als Grundlage für den Frieden in Europa. Alle Versuche, aus dieser 'Friedensordnung' auszubrechen, mußten als friedensgefährdend gelten. So konnten in der CFK engagierte Brüder z.B. 1968 den Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR durchaus als friedenssichernde Maßnahme verteidigen³⁸.

Auch innenpolitisch hatte die Festschreibung des status quo Folgen für die DDR: 1967 Staatsbürgerschaftsgesetze, 1968 eine neue Verfassung der DDR, 1969 die Konstituierung des 'Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR' sowie des 'BEFG in der DDR'³⁹.

36 Weise-Haslinger, Vorlage des Arbeitsgebietes Ev. Kirche - Kl. Religionsgemeinschaft. - an den Staatssekretär, zur turnusmäßigen Tagung des Bundesrates und der Bundeskonferenz des BEFG in der DDR vom 12.-15.5.1966 in Berlin-Weißensee, Friesicke-Str.. Berlin (21.4.1966), Bundesarchiv Potsdam, Bestand SfK, 0-4/720 (8.).

37 Abscheu gegen USA-Krieg. Bericht über die Bundesratstagung des BEFG in der DDR in Berlin-Weißensee. In: Union, CDU-Tageszeitung (8.6.1966).

38 Gespräch am 9.3.1993 (zu B 79) im Arbeitskreis Geschichte des BEFG i.d. DDR.

39 Siehe oben 0.1., erste Seite des vorliegenden Beitrags.

4.3. Die 70er Jahre: Die Friedensfrage im Kontext internationaler und innenpolitischer Entspannung (1969-78)

Der zeitgeschichtliche Hintergrund der 70er Jahre läßt in vielen Bereichen Entspannung erkennen: Wechsel von Ulbricht zu Honecker, Vier-Mächte-Abkommen, Grundlagenvertrag mit der BRD, UNO-Mitgliedschaft und internationale Anerkennung, KSZE, Gespräch Honeckers mit der Konferenz der Kirchenleitungen am 6. März 1978.

Es finden sich aus dieser Zeit zahlreiche Berichte über die Teilnahme von Vertretern des Bundes an den großen Weltfriedenskonferenzen in Moskau.

In unserem Bund wurde ein 'Arbeitskreis für Öffentlichkeitsfragen' gegründet⁴⁰, in dem vor allem der Dialog mit gesellschaftlich engagierten Brüdern geführt wurde. Zweimal kam es zu offiziellen Begegnungen des Arbeitskreises sowie der Bundesleitung mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Seigewasser⁴¹, in denen die 'Friedenspolitik' eine wichtige Rolle spielte. In einer Erklärung der Bundesleitung, die anlässlich der Begegnung am 2. April 1971 dem Staatssekretär übergeben wurde, heißt es⁴²:

»Von unserem Glauben her ist uns die Verkündigung des Evangeliums und der Ruf zu Frieden und Versöhnung mit Gott innerster, unaufgebbarer Auftrag. Zugleich jedoch ist eine gerechte und dauerhafte Ordnung des äußeren Friedens auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz, der ungestörten Zusammenarbeit und der Freundschaft der Völker auch uns freikirchlichen Christen ein dringendes Anliegen«.

Gern verwies man in diesem Zusammenhang auch auf Resolutionen des Baptistischen Weltbundes, in denen globale Aussagen über Frieden und Abrüstung thematisiert wurden.

In öffentlichen Stellungnahmen von Vertretern des Bundes wurden in dieser Zeit immer auch die Forderungen nach Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz, nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR und Aufnahme in die UNO sowie nach Verhandlungen mit der BRD über einen Grundlagenvertrag als wichtige Schritte zur Friedenssicherung benannt⁴³.

Aber auch in internen Sitzungen der Bundesleitung hatte die Friedensthematik ihren Platz. Trotz Entspannungspolitik war die atomare Hochrüstung weitergeführt worden. Die Pläne der USA zur Entwicklung einer Neutronenbombe heizten die öffentliche Diskussion erneut an. H. Morét, Präsident des Bundes, ging in seinem allgemeinen Bericht an die Bundeslei-

40 Der Arbeitskreis für Öffentlichkeitsfragen bestand von 1968-1973.

41 Begegnungen am 18.4.1969 im Schloß Cecilienhof in Potsdam und am 2.4.1971 im Martin-Luther-King-Haus in Schmiedeberg/Erzg.

42 Mitarbeit in der Gesellschaft. In: Wort und Werk, Monatsblatt für die Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden, Nr. 4 (April 1971), S. 12; vgl. die gekürzte Fassung: In gemeinsamer Verantwortung für die Stärkung der DDR. In: Neue Zeit, Zentralorgan der CDU (10.4.1971).

43 Z.B. Herbert Morét, Bericht der Bundesleitung an den Bundesrat am 4.-5.5.1972 in Leipzig, Abschnitt 6.7., S. 13; vgl. Bericht von Günter Lorenz, Bewußt in unserem Staat. In: Neue Zeit, Zentralorgan der CDU (20.5.1972).

tung im September 1977 ungewöhnlich ausführlich darauf ein und sagte u.a.⁴⁴:

»[...] Auch wir können nur mit größter Ablehnung von einer eventuellen Produktion dieser Bombe sprechen. Es wäre eine Tragik, wenn unser baptistischer Bruder, Jimmy Carter, dazu seine Zustimmung geben würde. Hierbei möchte ich aber auch betonen, daß wir gegen jede Aufrüstung sind und Gottes Erbarmen erleben im Blick auf die letztlich zur Sünde erreichenden, wahnsinnig hohen Ausgaben für Rüstung aller Art in allen Völkern [...]«.

Das Protokoll vermerkt dazu⁴⁵:

»Es ergab sich daraufhin ein Gespräch, bei dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß wir in jeder Form die Abrüstung unterstützen möchten und besorgt sind über die Entwicklung und Produktion neuer Waffensysteme«⁴⁶.

Natürlich wurden solche Aussagen immer wieder vom Staat erwartet. Ein internes Grundlagen-Papier des SfK vom Dezember 1978 beschreibt die Entwicklung einer langfristigen Konzeption für die politische Einflußnahme auf die Freikirchen und kleinen Religionsgemeinschaften⁴⁷:

»Das Ziel der langfristigen Einflußnahme gegenüber den hier genannten Kirchen besteht darin, ihre positive Grundeinstellung zum sozialistischen Staat zu festigen und zu vertiefen; das heißt vor allem ihre Bereitschaft zu einem verstärkten Engagement für die sozialistische Friedenspolitik zu fördern und sie zu befähigen, den Zusammenhang von sozialistischer Friedenspolitik und Verteidigungsbereitschaft zu erkennen, um sie für ein aktives Eintreten für die Erhaltung und Sicherung des Friedens zu gewinnen [...]«.

4.4. Die 80er Jahre: Die Friedensfrage - Bekenntnisfrage der Kirchen gegen das Prinzip der militärischen Abschreckung (1978-89)

Zum politischen Hintergrund der Friedensthematik in dieser Zeit gehören: Einführung des Wehrkundeunterrichts, Einmarsch in Afghanistan, Konflikt um 'Schwerter zu Pflugscharen', NATO-Doppelbeschluß, Bildung von Basis-Friedensgruppen, SED-SPD: 'gemeinsame Sicherheit', Gorbatschow, Abrüstungsvorschläge und -verhandlungen, Ökumenische Versammlungen in Dresden/Magdeburg und Basel, 'Friedensgebete'.

Immer stärker entwickelte sich die Friedensfrage in den Kirchen und Gruppen zur Bekenntnisfrage gegen jede militärische Abschreckung. Nach Einführung der vormilitärischen Ausbildung und des Wehrkundeunterrichtes erarbeiteten die Evangelischen Kirchen Konzepte und Materialien zur 'Friedenserziehung'. In einem Brief des Gemeindejugendwerkes des Bundes an die Leiter der Jugend-Rüstzeiten im Sommer 1980 wies K. Pritzkeleit aus-

44 Herbert Morét, Bericht zur erweiterten Bundesleitungssitzung am 16.9.1977, S. 4, Archiv des BEFG.

45 Protokoll der BL-Sitzung vom 16.9.1977, Archiv des BEFG.

46 Mündlicher Kommentar von Rolf Dammann, Generalsekretär des BEFG: Solche Gespräche waren nötig, um in späteren Begegnungen im SfK zu dieser Thematik relativ kurz erklären zu können: Wir haben darüber gesprochen!

47 Konzeption vom 7.12.1978, Bundesarchiv Potsdam, Bestand SfK, 0-4/450 (1.), S. 8.

drücklich auf die Dringlichkeit dieser Thematik hin und empfahl, einen Tag mit dem beiliegenden Material zu gestalten⁴⁸.

Verstärkt wurde inzwischen ein sozialer Friedensdienst als deutlicheres Zeichen gegenüber dem bisherigen Wehersatzdienst in den Baueinheiten gefordert. Auch die Bundesleitung erhielt ähnliche Anfragen mit der Aufforderung, sich für eine solche Möglichkeit einzusetzen. Im Dezember 1981 wurde ein Antwortbrief⁴⁹ verfaßt, in dem die Bundesleitung versichert, die Frage ernst zu nehmen und sich für eine gute Lösung einzusetzen. Weiter heißt es:

»So, wie wir die Argumente der überwiegend jungen Menschen hören, achten wir natürlich auch auf die Ausführungen staatlicher oder politischer Gremien. Wir spüren, wie schwer es ist, Verständnis füreinander zu haben, weil gerade in dem gemeinsamen Ringen um den Frieden in der Welt jede Seite ihren Beitrag unter eigenen Gesichtspunkten sieht. Daß wir als Christen in einer besonderen Verantwortung stehen [...] muß uns wichtig sein. Ebenso wollen und müssen wir aber auch einander unterschiedliche Erkenntnis zugestehen, dürfen einander nicht verdächtigen und unser eigenes Handeln nicht zum Maßstab für den Bruder machen«.

Eine Verschärfung erfuhr die Friedensdiskussion nach der zweiten Friedensdekade der Evangelischen Kirchen im November 1981. Der für diese Veranstaltung hergestellte Aufnäher 'Schwerter zu Pflugscharen' sorgte in der Öffentlichkeit für helle Aufregung. Ebenso erregte die von kirchlichen Friedensgruppen propagierte Losung 'Ohne Waffen Frieden schaffen' heftigen Widerstand der Behörden⁵⁰.

Unser Bund hielt sich mit konkreten Stellungnahmen zurück, zeigte sich aber sehr dankbar für deutliche Worte der Evangelischen Kirchen und entsprechende Äußerungen in der kirchlichen Presse. Die Stellungnahme der Konferenz der Kirchenleitungen vom März 1982 zu den Auseinandersetzungen um 'Schwerter zu Pflugscharen', zu Abrüstung und Wehrdienstverweigerung, druckte denn auch 'Wort und Werk' in vollem Wortlaut ab⁵¹.

Eine fundierte Auseinandersetzung mit der Friedenthematik in unserem Bund wurde in diesen Monaten m.E. auch dadurch erschwert, daß bereits seit Frühjahr 1981 (bis 1983!) die Stelle des Jugendpastors vakant und der Präsident des Bundes, Manfred Sult, gerade erst neu gewählt worden war.

Zu sehr deutlichen Worten kam es offensichtlich auch bei der routinemäßigen Begegnung des Staatssekretärs für Kirchenfragen, K. Gysi, mit den kleinen Kirchen und Religionsgemeinschaften am 12. April 1982. Nach einer

48 BEFG u. Klaus Pritzkeleit, An die Benutzer der Arbeitshilfe 'Gemeindetag FRIEDEN'. Berlin (16.6.1980), Akte GJW im Archiv des BEFG.

49 Brief-Vorlage vom Dezember 1981, vgl. Protokoll der BL-Sitzung vom 4./5.12.1981, TOP 21.1., Anlage 5, Archiv des BEFG.

50 Das Pfingsttreffen der FDJ 1982 stand dann auch unter der Losung 'Gegen NATO-Waffen Frieden schaffen!' Wenn nur ein starker Sozialismus den Frieden sicher mache, mußte jedes allgemein-pazifistische Gedankengut Friedensgefährdend sein (!).

51 Um christliches Friedenszeugnis. In: Wort und Werk, Nr. 5 (Mai 1982), S. 8.

ungewöhnlich ausführlichen Rede Gysis zur DDR-Friedenspolitik schalteten sich spontan Bischof Härtel (EmK) und Bundesvorsteher J. Schmidt (BFeG) mit kritischen Beiträgen ein. Auch der Vertreter der Quäker schloß sich kritisch an. Präsident M. Sult, zum ersten Mal dabei, reagierte verunsichert. Alle anderen Vertreter (sonst meist loyal!) schwiegen. Gysi zeigte sich verärgert, legte dann zum Abschluß aber eine zustimmende Presseerklärung vor⁵², gegen die niemand mehr etwas einwendete!⁵³

Ein Beispiel, wie über-sensibel Behörden in dieser Zeit auf die Friedensproblematik reagierten, schildern Pastor H.-D. Johns und N.N. aus Zwickau-Planitz in ihren Berichten⁵⁴: Der zehnjährige V., Kind eines Gemeindegliedes, spielte mit anderen Kindern Pflastermalen. Dabei entstand neben Friedenstauben und durchgestrichenen Panzern auch der Satz 'Frieden schaffen ohne Waffen'. In der Nacht großer Polizeieinsatz. Am nächsten Morgen wurden er und andere Kinder aus der Schule zum Verhör ins Volkspolizeikreisamt gebracht. Nach sieben Stunden Verhör (!), ohne Essen und Trinken, durfte der Vater, N.N., schließlich seinen Sohn, völlig verstört, in Empfang nehmen, nicht ohne selbst eine Stunde lang befragt worden zu sein. Das vorgelegte Protokoll, das das Kind zum Rädelsführer stempelte, unterschrieb N.N. allerdings nicht. Zahlreiche Befragungen des Vaters auf seiner Arbeitsstelle sowie des Pastors der Gemeinde folgten, immer wieder mit der Frage, woher die Beeinflußung des Jungen käme, ob es Verbindungen zur Bewegung 'Schwerter zu Pflugscharen' gäbe. Erst nach Wochen beruhigte sich die Lage. N.N. schreibt:

»Das schlimmste an der Sache war für uns, daß unser Sohn durch diese Sache seelischen Schaden genommen hatte und es eigentlich Jahre gedauert hat, bis sich das wieder normalisiert.e [...] Inzwischen hat er sein Abitur auf der Abendschule nachgeholt, für das er ja nach den Vorfällen nicht in Frage kam«.

Konflikte brachen immer dann aus, wenn friedenspolitische Äußerungen auch für innenpolitische Entscheidungen (z.B. im Blick auf Wehrdienstverweigerung) in Anspruch genommen wurden. Globale Friedensaussagen und Abrüstungsvorschläge dagegen lagen auf der staatlichen Linie und öffneten unerwartet neue Türen.

Seit Ende der 70er Jahre wurden von Billy Graham neue und kritische Aussagen zur atomaren Hochrüstung bekannt. Seine Reisen nach Ungarn und Polen halfen, alte Urteile abzubauen. Schließlich trug wohl auch seine Teilnahme an der Moskauer Weltfriedenskonferenz der religiösen Vertreter im

52 Gespräch mit Kirchenvertretern, ADN-Meldung, u.a. in: Neue Zeit, Zentralorgan der CDU (14.0.1982), S. 2.

53 Vorgang nach mündlichen Informationen von Johannes Schmidt.

54 Brief von Pastor Hans-Dieter Johns, Eingang 21.9.1992 (B .68), Bericht von Johns vom 27.11.1992 (B 102), Brief von N.N. vom 25.10.92 (B 91), Arbeitskreis Geschichte des BEFG i.d. DDR, Briefsammlung.

Mai 1982 dazu bei, daß nun einer Einladung in die DDR im Oktober 1982 nichts mehr im Wege stand.

Neuen Zündstoff brachte dann eine im Gemeindejugendwerk erarbeitete 'Materialhilfe zu Fragen des Wehrdienstes'⁵⁵, in der erstmalig die Entscheidungen für Wehrdienst mit und ohne Waffe sowie Wehrdienstverweigerung nebeneinander gestellt wurden mit jeweils seelsorgerlichen Beratungshinweisen. Ja, es wurde selbst das Wort vom »deutlicheren Zeichen« der Verweigerer und Bausoldaten zitiert⁵⁶. Die Mappe war denn auch »zum verantwortlichen Umgang« nur für die Hände von Pastoren, Gemeindeleitern und Mitarbeitern bestimmt.

Über ein Jahr später wurde die Mappe bei einer Taschenkontrolle in einer Abitur-Berufsschule in Magdeburg gefunden. Helle Aufregung herrschte offensichtlich im SfK, daß die Existenz dieser Materialhilfe erst anderthalb Jahre nach Erscheinen bekannt geworden war⁵⁷. Die Vertreter des Bundes wurden natürlich zum Gespräch zitiert⁵⁸.

Der Vater des kontrollierten Schülers schildert die Folgen dieses Fundes⁵⁹: Nach Verhören und beängstigenden Drohungen wurde die schriftliche Erklärung von den Eltern erpreßt, daß sie ihren Sohn A. wegen Nichteignung von der Schule nehmen würden (er war gerade als Klassenbester ausgezeichnet worden!). Über einen mühevollen Weg als Gleisbauarbeiter, mehrere Anläufe an der Volkshochschule, Verzögerungen durch das Wehrkreiskommando und Bausoldatenzeit konnte er schließlich ein Studium aufnehmen. Sein Vater schreibt:

»Während dieser Zeit (1984-1989) ist A. menschlich und als Christ (geistlich) sehr gereift. Er hegt keinen Groll. Er sieht diesen seinen Weg als Gottes Weg für sich an«.

Im November 1983 - auf dem Höhepunkt der Debatte um die Stationierung neuer Waffensysteme in Europa - stellte sich die Bundesleitung und Vertreter des Gemeindejugendwerkes in einer Klausurtagung in Gnadau der Herausforderung durch die Friedenthematik⁶⁰. Es wurde ein ausführlicher Brief an die Gemeinden verfaßt, in dem es u.a. heißt⁶¹:

55 Erarbeitet von Matthias Roth und Siegfried Rosemann im April 1983, Akte Gemeindejugendwerk, Archiv des BEFG.

56 Ebd. S. 16 (aus der Handreichung der KKL 'Zum Friedensdienst der Kirche', 1965).

57 Bericht vom 9.10.1984, Bundesarchiv Potsdam, Bestand SfK, 0-4/1387 (1.).

58 Aktennotiz und Gesprächsprotokoll zum Gespräch im SfK am 21.11.1984, Manfred Sult und Rolf Dammann, Akte SfK, Archiv des BEFG.

59 Brief B 82, Eingang 10.10.1992, Arbeitskreis Geschichte des BEFG i.d. DDR, Briefsammlung.

60 Zahlreiche Hirtenworte, Briefe an Gemeinden und Synodalbeschlüsse zum Frieden aus den Evangelischen Kirchen kursierten bereits im Land.

61 Brief der Bundesleitung und des Gemeindejugendwerkes 'An unsere Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden, Bundeswerke und Mitarbeiter' (November 1983), S. 1, Akte Bundesleitung, Archiv des BEFG.

»Ein Hauptanliegen aber sahen wir darin, jene 'Sprachlosigkeit' zu überwinden, mit der das Friedensthema unter uns oft als 'weltliches, politisches Ding' oder aus Ratlosigkeit und Resignation übergangen wurde. Es darf, so erkannten wir, nicht länger geschehen, daß unter uns Menschen in ihrer Friedenssorge und in Gewissensentscheidungen für ihr persönliches Friedenshandeln und dessen Konsequenzen allein stehen [...]«.

Die Bundesleitung stimmte dem Vorschlag zu, einen Arbeitskreis 'Friedensfragen' zu berufen.

In seinem Präsidentenbericht an den Bundesrat 1984 widmete M. Sult über zwei Seiten der Verantwortung für den Frieden⁶²!

Ein für die Kirchen wie auch für die kirchliche Friedensbewegung herausragendes Ereignis war schließlich die Ökumenische Versammlung 1988/89 in Dresden und Magdeburg. Offizielle Delegierte aus fast allen christlichen Kirchen und aus den Basisgruppen diskutierten schonungslos und offen die aktuell-politischen Herausforderungen. Zwar war diese Versammlung als ein Schritt auf dem Weg zu einer ökumenischen Weltversammlung geplant. Schnell aber wurde deutlich, daß dabei auch notwendige Veränderungen im eigenen Land angesprochen werden mußten. So sprechen die Ergebnis-texte zum Bereich Frieden sowohl weltweite als auch innenpolitische Forderungen zur Friedenssicherung, zur Friedenserziehung und zum Wehrdienst aus.

Die Partei- und Staatsführung der DDR, die zunächst große Erwartungen in die Vorbereitung einer Weltversammlung der Christen setzte⁶³, reagierte gereizt auf diese Entwicklung: Es kam zu Behinderungen verschiedener Art; Ausgaben von Kirchenzeitungen wurden verboten; auf die einzelnen Delegierten wurde versucht, Einfluß zu nehmen⁶⁴; einige wurden sogar bedroht.

Der BEFG hatte sich bereits an der Vorbereitungsphase der Versammlung aktiv beteiligt und schließlich acht Delegierte berufen. Der Arbeitskreis 'Friedensfragen' und die Bundesleitung luden zu zwei Tagungen im Februar und November 1989 ein⁶⁵, auf denen unter großer Beteiligung interessierter

62 Manfred Sult, Bericht des Präsidenten an den Bundesrat 1984 des BEFG in der DDR, EFG Berlin-Matternstraße, 30.5.-3.6.1984, Archiv des BEFG.

63 Einzige ADN-Meldung zu Beginn der Versammlung: Ökumenische Versammlung der Christen und Kirchen. Treffen dient Vorbereitung einer Weltversammlung 1990. In: Neues Deutschland, Organ des ZK der SED (13./14.2.1988).

64 Ich selbst wurde als Delegierter des BEFG von einem Mitarbeiter der Abt. Kirchenfragen des Rates des Bezirkes Halle, Herrn Kruse, am 26.8.1988 aufgesucht. Sein Anliegen: Ich möge in der Ökumenischen Versammlung doch versuchen, als Delegierter darauf Einfluß zu nehmen, daß weniger die DDR-Probleme und mehr - auch im Sinne des ÖRK - die weltweiten Fragen zur Sprache kämen! Ähnliches berichteten andere Delegierte.

65 17.-19.2.1989 und 10.-12.11.1989 in der EFG Berlin-Cantianstraße, Thema: 'Herausgefordert zur Verantwortung' I / II.

Teilnehmer aus den Gemeinden die Ergebnistexte diskutiert wurden. Im Protokoll der Februar-Tagung wurde u.a. festgehalten⁶⁶:

»Wir sehen es insbesondere für die Gemeinden unserer Prägung als notwendig an, uns auf die Herausforderung des Aspektes der Weltverantwortung einzulassen [...] Frieden und Gerechtigkeit sind nicht nur geistlich individuell zu verstehen. Sie haben auch eine weltliche Dimension. Wir sind nicht aus der Welt 'herausgerettet', um ihr interessenlos den Rücken zu kehren, sondern in Gottes Herrschaft 'hineingerettet', um der Welt neu zu dienen«.

Eine Stellungnahme des BEFG zu den Texten der Ökumenischen Versammlung wurde schließlich im Dezember 1990 auf einer Klausurtagung erarbeitet, an der Vertreter der Bundesleitung und des Arbeitskreises 'Gemeinde mit Weltverantwortung' teilnahmen. In ihr heißt es⁶⁷:

»[...] Wir müssen] schmerzlich erkennen, daß unsere Frömmigkeit kaum für einen verändernden und gestaltenden Einfluß auf die Struktur unserer Welt wirksam wurde. Die weite Dimension der biblischen Begriffe Umkehr, Frieden und Bund haben wir bisher nicht genügend aufgenommen. [...] Wir wollen uns auf den Prozeß einlassen: Betroffenheiten über den Zustand der Welt aushalten und unter dem Ruf Gottes zur Umkehr Antworten suchen, benennen und danach leben. Dankbar hören wir den deutlichen Umkehrruf. Er trifft uns persönlich, unsere Gemeinden und unsere Bundesgemeinschaft. Wir verstehen ihn als geistliches Wort«.

»Schicket euch in die Zeit«? Ich meine, daß am Beispiel der Friedens- und Weltverantwortung durchaus eine Entwicklung im BEFG in der DDR erkennbar geworden ist. Standen am Anfang noch im wesentlichen staatskonforme Äußerungen (ob überzeugt oder gefordert), so finden sich am Ende auch kritische Beiträge zur DDR-Friedenspolitik. Natürlich war eine solche Entwicklung nur in enger Anlehnung an die anderen Kirchen möglich. Hoffnungsvoll steht darum am Schluß der Geschichte des BEFG in der DDR nicht ein Wort der Anpassung, sondern - im Bedenken der Ökumenischen Versammlung - der Ruf zur Umkehr, zum »Dienet dem Herrn«.

Anhang

Veröffentlichungen zur Geschichte des BEFG in der DDR

in: DIE GEMEINDE, Wochenzeitschrift des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland, Verlag J.G. Oncken Nachf. GmbH, Kassel

Bauer, Wolfgang, PS: Die Leute sind hier alle verbittert. Kommentar zur Situation in den neuen Bundesländern nach der Vereinigung. In: DIE GEMEINDE Nr. 16, 21.4.1991, S. 2

Kritische Leserbriefe (Vergleiche mit DDR-Vergangenheit): DIE GEMEINDE Nr.

66 Protokoll der Aussprache über die »theologische Grundlegung« (Textentwurf 001 der ÖV), Punkt 3., Akte des Arbeitskreises 'Friedensfragen', Archiv des BEFG.

67 Stellungnahme zu den Ergebnistexten der ÖV, von einer Klausurtagung erarbeitet am 8.12.1990 in Buckow/Märk. Schweiz, Anlage zum Brief an die Gemeinden und Arbeitsbereiche im BEFG aus der Bundesgeschäftsstelle Berlin, März 1991, Archiv des BEFG.

- 22 (2.6.1991), S. 11; Nr. 23 (9.6.1991), S. 11; Nr. 27 (7.7.1991), S. 11; Nr. 29 (21.7.1991), S. 10 f
- DIE GEMEINDE, Berichte und Kommentare zur Vereinigung der Bünde Ost und West auf der Bundesratstagung im Mai 1991 in Siegen, Nr. 21 (26.5.1991)
- Kritische Leserbriefe (Erinnerung an DDR-Situation): DIE GEMEINDE Nr. 27 (7.7.1991), S. 11
- idea, Vorwurf an Freikirchen: Profillos in gesellschaftlichen Fragen. Meldung über Äußerungen von Pastor J. Schmidt auf dem Bundesrat des BFeG in Gera. In: DIE GEMEINDE NR. 45 (10.11.1991), S. 4
- idea, Stasi: Wie weit waren die Freikirchen in der DDR unterwandert? Hinweis auf Besier, Pfarrer, Christen und Katholiken, und seine Äußerung über die Untersuchung von Freikirchen (?). In: DIE GEMEINDE Nr. 2 (12.1.1992), S. 5
- idea, Freikirchen und Stasi: Bisher kein Fall einer Zusammenarbeit bekannt. Bericht über idea-Umfrage: Bisher keine Überprüfungen der Mitarbeiter vorgesehen. In: DIE GEMEINDE Nr. 5 (2.2.1992), S. 4
- Lorenz, Günter, Späte Triumphe? Kritischer Kommentar zu Besier, Pfarrer, Christen und Katholiken. In: DIE GEMEINDE Nr. 6 (9.2.1992), S. 2
- Gegendarstellung: H. Matthies (idea). In: DIE GEMEINDE Nr. 12 (22.3.1992), S. 11
- Sult, Manfred, Michael Zimmermann u. Ulrich Materne, Brief an die Gemeinden. Stellungnahme zum Umgang mit Stasi-Dokumenten; unter der Überschrift 'Um ehrliche Aufarbeitung bemüht' abgedruckt in: DIE GEMEINDE Nr. 10 (8.3.1992), S. 5
- Strübind, Kim, Kirche, Stasi - und wir? Ein Mitarbeiter Besiers äußert sich zu Vorwürfen gegen 'Pfarrer, Christen und Katholiken', In: DIE GEMEINDE Nr. 12 (22.3.1992), S. 6 f
- Kritische Leserbriefe: L. Blüthgen und R. Dammann in: DIE GEMEINDE Nr. 18 (3.5.1992), S. 11
- Lorenz, Günter, Aufarbeitung. Kommentar zur Stasi-Problematik. In: DIE GEMEINDE Nr. 20 (17.5.1992), S. 2
- Dammann, Rolf, Die Bundesteilung 1969. Aufsatz zur Geschichte der Trennung der beiden Bünde. In: DIE GEMEINDE Nr. 39 (27.9.1992), S. 6 f
- Dammann, Rolf, Trennung, Gemeinsamkeit, Eigenständigkeit: der ehemalige Bund in der DDR. Aufsatz zur Entwicklung des DDR-Bundes. In: DIE GEMEINDE Nr. 40 (4.10.1992), S. 6 f
- Wieske, Günter, Was würde Jesus dazu sagen - zur Stasi-Diskussion? Ein Aufruf zur Vergebung; unter der Rubrik 'Das geht uns alle an' lädt die Redaktion ein zum Gespräch. In: DIE GEMEINDE Nr. 40 (4.10.1992), S. 11
- Leserbriefe: Dr. K. Strübind u.a. in: DIE GEMEINDE Nr. 45 (8.11.1992); U.Dammann u.a. in: Nr. 51-52 (20./27.12.1992), S. 11
- Lorenz, Günter, Keine Nebensache / Geschichtsaufarbeitung kommt voran. Kommentar und Bericht über die Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte des BEFG in der DDR. In: DIE GEMEINDE Nr. 6 (7.2.1993), S. 2 u. 13
- DIE GEMEINDE, Gespräch R. Schwarz mit Heinrich Strohmann: Von der Bundesbildmission zur Abteilung 'Bau- und Grundstücksfragen'. Nr. 40 (3.10.1993), S. 4 f
- Rosemann, Siegfried, Widerstand und (V)Ergebung, Bericht über eine Tagung der Initiative 'Gemeinde mit Weltverantwortung' im Sept. '93 zur Aufarbeitung der Geschichte des BEFG i.d. DDR. In: DIE GEMEINDE Nr. 41 (10.10.1993), S. 6
- Dammann, Rolf, Die Bundeskonferenz 1960. Bericht anhand von Unterlagen des ehem. Staatssekretariats für Kirchenfragen. In: DIE GEMEINDE Nr. 45 (7.11.1993), S. 4 ff
- Leserbrief Christian Wolf in: DIE GEMEINDE Nr. 50 (12.12.1993), S. 7
- Dammann, Uwe, Chancen und Grenzen baptistischer Frömmigkeit. Einsichten aus dem Leben unter ideologischem Druck. Referat zur Tagung 'Widerstand und

(V)Ergebung' der Initiative Gemeinde mit Weltverantwortung im BEFG am 11.09.1993 in Berlin. In: DIE GEMEINDE Nr. 8 (20.2.1994), S. 4 f und Nr. 9 (27.2.1994), S. 4 ff

DIE GEMEINDE, Gespräch R. Schwarz mit Rudolf Bräuning: Hilfe auf verborgenen Wegen. Illegale Literaturtransporte in die DDR. In: Nr. 9 (27.2.1994), S. 8 f

Leserbriefe von C.Wolf und F.Starp in: DIE GEMEINDE Nr. 15 (10.4.1994), S. 7

Dammann, Uwe, Diakoniewerk Bethel übernahm Senioren- und Pflegeheim - Erster Trägerwechsel im Ostteil Berlins. Bericht u.a. über die Beibehaltung des Namens des führenden SED-Mitglieds H. Lehmann. In: DIE GEMEINDE Nr. 9 (27.2.1994), S. 13

Großmann, Siegfried, Vereinigt - aber noch nicht eins. Ergebnisse einer Ost-West-Umfrage in den EFG In: DIE GEMEINDE Nr. 18 (1.5.1994), S. 4 f